

EINGEGANGEN

03. MAI 2006



René Röspel

Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD)

René Röspel, MdB · Platz der Republik · 11011 Berlin

Herr



Platz der Republik
Unter den Linden 50 (ZI 3077/3081)
11011 Berlin

☎ (030) 227 - 7 33 20 / 7 3 22

☎ (030) 227 - 7 63 22

✉ rene.roespel@bundestag.de

Mitarbeiter: Richard Müller
Faliko Breda

Wahlkreisbüro
Elberfelder Straße 57
58095 Hagen

☎ (02331) 91 94 58

☎ (02331) 92 54 37

✉ rene.roespel@wk.bundestag.de

Mitarbeiter: Jochen Milde

www.roespel.de

Berlin, den 28. April 2006

Sehr geehrter Herr Schenk,

vielen Dank für die Übersendung Ihrer Postkarte, auf der Sie die Einführung von direkter Demokratie auf Bundesebene fordern.

Wie Sie sicherlich wissen, setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion schon seit langem für mehr Elemente direkter Demokratie im Grundgesetz ein. Zusammen mit dem damaligen grünen Koalitionspartner hatten wir im Herbst 2004 einen Gesetzentwurf erarbeitet, der Volksinitiativen, -begehren und -entscheide in das Grundgesetz aufnehmen und ermöglichen sollte. Für eine solche Verfassungsänderung ist aber eine Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat nötig. Bei den Verhandlungen mit der Union wurde aber schnell klar, dass CDU und CSU über diese Frage zerstritten sind. So wurde die Einführung von mehr Elementen direkter Demokratie ins Grundgesetz von der Union blockiert. Vor diesem Hintergrund schien eine Zweidrittelmehrheit unerreichbar, so dass auf eine Einbringung des Gesetzesentwurfes letztendlich verzichtet wurde. Angesichts der heutigen politischen Situation im Bundestag halte ich es für unwahrscheinlich, dass direkte Demokratie auf Bundesebene damit auch in absehbarer Zeit möglich wird.



Ich bezweifle ebenfalls, dass die von Ihnen unterstützte Wahlverweigerung die richtige Reaktion auf diese Situation ist. Effektiver wäre es meiner Meinung nach, wenn Sie Ihr Anliegen und Ihre Argumente meinen Kollegen in der Union darstellen würden, um in deren Reihen ein Umdenken in dieser Frage zu erreichen. Wahlverweigerung hingegen birgt die Gefahr, dass hierdurch kleine Parteien, wie zum Beispielerichte Parteien, ein besseres Wahlergebnis bekommen, als sie potenzielle Wähler haben.

Mit freundlichen Grüßen
René Rösper